

# Südböherer Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Südböherer Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühren betragen für die halbjährliche Zeitdauer oder deren Raum 35 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnanfragen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, gebräuchlicher früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 14.

Donnerstag, den 17. Januar 1918.

25. Jahrg.

## Voraussetzungen der Eroberungspolitik.

Die Herren Vaterlandsparteiler haben sich noch nicht einmal einen Begriff davon gemacht, wie sie es anstellen müßten, wenn sie für Eroberungspolitik Propaganda treiben wollten. Sie sollten einmal bei Lloyd George in die Schule gehen und das lernen; denn mit dem bloßen Trommelfeuer der Jäufte auf die Holzarme und Holzbeine der Kriegsbeschädigten ist es wirklich nicht getan.

Lloyd George und seinesgleichen treiben gewiß auch rein imperialistische Eroberungspolitik und verhehlen sie nur notdürftig mit Weltbeglückungsphrasen. Aber auf der anderen Seite sind sie doch wenigstens klug genug zu wissen, daß sie damit alleine die Unterstützung der breiten Massen nicht erwerben können. So bemühen sie sich denn angelegentlich und ernsthaft um demokratische Reformen, schaffen radikaler Steuerprogramme, die von den Kriegsgewinnen nicht viel übrig lassen und auch das vor dem Kriege erworbene Vermögen nicht schonen, und bringen Wahlforschungsgeetze ein, welche eine ganz außerordentlich weitgehende Demokratisierung des Staatswesens verheißen.

Wollte die Vaterlandspartei auch nur den geringsten agitatorischen Erfolg erzielen, so müßte sie vor allen Dingen sich rückhaltlos die Parole des gleichen Wahlrechts zu eigen machen, müßte mit allen Suggestivmitteln im Volke den Glauben zu erwecken versuchen, daß der Vorteil des Sieges, wenn er erst einmal errungen sei, dem arbeitenden Volke zufließen würde.

Darüber hinaus gilt diese Methode vor allem auch für die Annerkennung der Udetteutschen. Wenn heute ein Vaterlandsparteiler von den Erzhähen Briens oder des Kempener Landes zu sprechen anfängt, lacht gleich die ganze Versammlung, und jeder sagt: Da guckt der Pferdefuß der Schwerindustrie heraus, sie möchten nicht nur die Erzschätze Deutschlands, sondern auch Eisenerze und Kohle in allen Nachbarstaaten für sich ausbeuten. So lange auf der Vaterlandspartei dieses Odium lastet, lediglich für das Geld der Schwerindustrie zu arbeiten, so lange muß ihre Propaganda im Volke auch der leiseste Widerhall verlagst bleiben.

Die Herren von der Vaterlandspartei wollen um jeden Preis den Eindruck erwecken, daß sie lediglich die Sicherung und den Wohlstand des deutschen Volkes anstreben. Dazu soll ihnen angeblich der deutsche Sieg dienen. Und zweifellos gibt es unter den Eroberungspolitikern auch eine ganze Menge ehrlicher Idealisten, die das ernsthaft glauben. Aber der Beweis für die Aufrichtigkeit ihrer Absichten hat die Vaterlandspartei zu führen noch nicht einmal begonnen. Dazu müßte sie zunächst das gleiche Wahlrecht als Einigkeit für den Siegeswillen hergeben; denn es ist ja klar, daß seine Verweigerung dem Siegeswillen des deutschen Volkes den ernstesten Abbruch tun müßte. Dann aber müßte die Vaterlandspartei nicht den leisesten Zweifel darüber lassen, daß die Eroberungen, welche sie anstrebt, lediglich dem deutschen Volke zugute kommen sollen, daß die Bodenschätze in dem etwa eroberten Land Reichseigentum bleiben müssen.

Wir würden die Vaterlandspartei auch dann bekämpfen; aber man könnte sie dann wenigstens ernst nehmen. Die Eroberungspolitik malen dem deutschen Volke Schreckensbilder vor, daß unser Eisenerzvorrat in 60 Jahren vollkommen erschöpft sein würde. Daraus ergibt sich logisch nur die Forderung, daß die Bewirtschaftung des Erzes und der Kohle künftig Reichssache sein muß, daß man die Verfügung über unerlässliche Volksschätze nicht länger der Willkür und dem Eigennutz einiger Privatkapitalisten überlassen darf. Diese Notwendigkeit liegt so sehr auf der Hand, daß gerade die Eroberungspolitikern garnicht daran vorbeikommen. Aber die Schwärmer nicht nur davon, sondern lagern nicht einmal ausdrücklich, daß wenigstens für ihre Eroberungsziele lediglich das Reichseigentum und der Staatsbetrieb als künftige Wirtschaftsformen in Frage kommen dürfen. Erlaubt die Schwerindustrie nicht solche selbstverständliche Voraussetzungen der Eroberungspolitik auszusprechen?

Die Vaterlandspartei hat bisher eine Agitation getrieben, die der deutschen Kraft und den von ihr verfolgten Tendenzen lediglich geschadet hat. Die Voraussetzungen jeder Eroberungspolitik sind das gleiche Wahlrecht zur Stärkung des Siegeswillens und das Staatseigentum an allen Bodenschätzen. So lange die Vaterlandspartei sich diese Programmpunkte nicht zu eigen macht, wird sie lediglich lächerlich und abstoßend wirken. Wo immer die Eroberungspolitik sich zur Diskussion stellen sollte, man ihnen die Aussprache über die vermeintlichen Notwendigkeiten neuer Sicherungen einfach verweigern und ihnen nur diese beiden Fragen vorlegen: Solange sie die nicht beantwortet haben, sind sie mit ihnen überhaupt nicht ernsthaft zu auseinandersetzen.

mission fortgesetzt worden. Von den Ergebnissen der Arbeit dieser Kommission hängt es ab, ob wir mit Rußland zum Frieden kommen oder nicht. Leicht wird es nicht sein, das gewünschte Ziel zu erreichen. Denn die Schwierigkeiten, die sich aufstürmen, sind, wie die trotz ihrer Länge sehr interessanten Verhandlungsberichte erkennen lassen, sehr große. Sie drehen sich in den Verhandlungen an den genannten beiden Tagen um die Räumungsfrage und um die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Randvölker. Von Rühlmann ist am 14. hierzu die Erklärung abgegeben worden, daß

Deutschland und Oesterreich-Ungarn nicht die Absicht haben, die von ihnen besetzten Gebiete sich einzuverleiben oder die fraglichen Gebiete zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen.

Weiter erklärte Rühlmann, daß die Verbündeten grundsätzlich bereit sind, zuzustimmen, daß ein

### Volksvotum auf breiter Grundlage

die Beschlüsse über die staatliche Zugehörigkeit der Gebiete gültig ist. Hiernach hätten also die Grenzvölker nur einfach gutzuheißen, was gewisse privilegierte Schichten über das Schicksal ihres Landes bereits beschlossen hätten? Einen solchen Standpunkt müssen wir natürlich entschieden zurückweisen. Ein solches Volksvotum kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn es völlig unbeeinflusst von der einen oder anderen Seite, zu entscheiden hat über die staatliche Zugehörigkeit oder über die Selbstständigkeit.

Die Verhandlungen werden weiter gehen. Viele Schwierigkeiten sind noch zu überwinden. Die Vertreter des revolutionären Rußlands sind vor der diplomatischen Gewandtheit ihrer Verhandlungsgegner ebenso sehr auf der Hut, wie diese vor den Schlussfolgerungen der bolschewistischen Theorie. Doch wirkt schon das offene Aussprechen der bestehenden großen Gegensätze klärend, und wenn man auf beiden Seiten die nötige Geduld bewahrt, wird gerade dieser Weg zum Ziele führen.

MIT. Brest-Litowsk, 15. Januar.

Am 14. Januar, 5 Uhr nachmittags, begann die vierte Sitzung der

### Kommission zur Beratung der territorialen Fragen.

Staatssekretär Dr. v. Rühlmann teilte mit, daß die verbündeten Regierungen zu dem Entschluß gekommen seien, die formulierten Vorläufe der russischen Delegation ihrerseits gleichfalls in formuierter Form mündlich zu beantworten. Er halte aber die Arbeit für außerordentlich zeitraubend und wenig fördernd. Es würde sich empfehlen, die Materie durchzusprechen und dann von jeder Seite je einen Herrn nur mit der Redaktion zu betrauen. Diese beiden Herren könnten eine gemeinsame Fassung suchen und falls dies nicht möglich war, die gegenseitigen Differenzpunkte feststellen.

Hierauf gelangte die materielle Antwort der Verbündeten zur Berlesung, in der es heißt:

Die russischen Vorläufe, betreffend die besetzten Gebiete Rußlands, weichen dermaßen von den Ansichten der Verbündeten ab, daß sie in der vorliegenden Form als unannehmbar bezeichnet werden können. Sie tragen nicht den Charakter des Kompromisses, sondern stellen sich als eine einseitige russische Forderung dar. Trotzdem sind die deutsche und die österreichisch-ungarische Delegation bereit, nochmals und diesmal formuliert ihre Anschauungen über die schwebenden Fragen klar zum Ausdruck zu bringen und nach einem Versuch zu unternehmen, ob sich von einem angestrebten Kompromiß eine Aussicht auf Bewirtlichung bieten könne.

Es muß wiederholt darauf hingewiesen werden, daß für die Mittelmächte mit dem Abschluß des Friedens mit Rußland keineswegs auch der allgemeine Friede verbunden ist. Die verbündeten Delegationen erklären aufs neue, daß sie der Ansicht sind, die verfassungsmäßig zustandgekommenen Organe in den neuen Staatsgebilden seien vorläufig als vollkommen befähigt anzusehen, den Willen breiter Kreise der Bevölkerung auszuüben.

Von großer Bedeutung ist das Urteil des Obersten Gerichtshofs in Washington im Jahre 1808, daß die souveränen Rechte der Vereinigten Staaten für voll und ganz bestehend anerkannt werden müßten vom Tage der Verkündung ihrer Unabhängigkeit ab, ganz unabhängig von ihrer Anerkennung seitens Englands im Verträge von 1782. Die verbündeten Delegationen nehmen von der Erklärung Kenntnis, daß die russische Regierung aus der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum Bereiche des früheren Kaiserreiches keine Schlüsse zieht, die irgendwelche staatsrechtlichen Verpflichtungen der Bevölkerung dieser Gebiete im Verhältnis zur russischen Republik auflegen; ebenso davon, daß die russische Regierung die Grundaufgaben der Verhandlungen nicht darin sieht, um in irgendwelcher Weise das weitere zwangsweise Verbleiben der genannten Gebiete im Rahmen des russischen Reiches zu verteidigen. In diesem Zusammenhang sei die Frage aufzuwerfen, aus welchem Rechtsverhältnis die gegenwärtige russische Regierung ihre Berechtigung und Verpflichtung ableitet, für die Sicherung der wirklichen Freiheit der Selbstbestimmung dieser Gebiete bis zum äußersten, das heißt unter Umständen zur Fortsetzung des Krieges einzutreten. Stellt man sich aber auf den Standpunkt, daß die russische Republik ein detartiges Recht besitzt, so sind in der Tat

Umfang des Territoriums, politische Voraussetzung für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts, Uebergangsgemeinschaft und Form der Willenshandlung, die vier Punkte, über die verhandelt werden muß, Einigkeit zu erzielen.

Zu 1.: Die Behauptung, das Selbstbestimmungsrecht habe Nationen und nicht auch Teilen von Nationen zu entspreche nicht

unserer Auffassung. Auch Teile von Nationen können Selbständigkeit und Absonderung rechtmäßig bestimmen. Es ist hierher keineswegs angenommen, daß die Okkupationsgrenzen maßgebend sein sollen. Rußland, Litauen und Polen bilden, auch historisch genommen, politische Einheiten — Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben nicht die Absicht, die von ihnen besetzten Gebiete sich einzuverleiben oder die fraglichen Gebiete zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, und müssen sich mit den Völkernschaften der besetzten Gebiete wegen Abschlußes von Verträgen, aller Art freie Hand vorbehalten.

Zu 2.: Eine Zurückziehung der Heere ist, so lange der Weltkrieg dauert, unmöglich, jedoch kann angestrebt werden, die Truppen, falls die militärischen Umstände es gestatten, auf diejenigen Teile zurückzuführen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der technischen Betriebe unbedingt nötig sind. Die Bildung einer nationalen Gendarmerie kann angestrebt werden. Was die Rückkehr der Flüchtlinge und der Evakuierten betrifft, so wird wohlwollende Prüfung von Fall zu Fall zugesichert. Diese Frage kann einer besonderen Kommission überwiesen werden.

Zu 3.: Der russische Vorschlag ist in seinen Einzelheiten nicht klar genug. Mit der fortschreitenden Annäherung des allgemeinen Friedens soll aber den gewählten Vertretern der Bevölkerung in immer steigendem Umfange die Mitwirkung auch an den Verwaltungsaufgaben eingeräumt werden.

Zu 4.: Die verbündeten Delegationen sind grundsätzlich bereit, zuzustimmen, daß ein Volksvotum auf breiter Grundlage die Bestimmung über die staatliche Zugehörigkeit der Gebiete gültig ist. Eine einseitige Festlegung auf ein Referendum erscheint unpraktisch. Auch die von der Regierung der Volkskommittäre anerkannten Staatsgebilde, wie z. B. Ukraine und Finnland, sind nicht im Wege eines Referendums erfolgt. Diese weitgehenden Vorschläge bilden den äußersten Rahmen, innerhalb dessen die verbündeten Regierungen eine Verständigung noch erhoffen können. Diese Verständigung ist nur möglich, wenn auch Rußland den ernstesten Willen zeigt, zu einer Vereinbarung zu gelangen. Nur unter der Voraussetzung solcher Intentionen können die Delegationen der verbündeten Mächte noch an der Hoffnung auf eine friedliche Beilegung der Konflikte festhalten.

Hierauf ergriß Trotsky das Wort und erklärte: Er hoffe, daß die eben verlesene Antwort der Zentralmächte jedenfalls die Zweifel über die formellen Schwierigkeiten beseitigt habe, die durch die Rede des Generals Hoffmann entstanden wären. Der Herr Staatssekretär habe darauf hingewiesen, daß alle Punkte dieser Verhandlungen aus dem alleinigen politischen Willen der deutschen Regierung herrühren. Solange diese Ansicht von niemandem formell widerlegt sei, sehe die russische Delegation dies als eine formelle Erklärung an. Wenn General Hoffmann darauf hingewiesen habe, daß die russische Regierung sich auf ihre Nachstellung begründe und mit Gewalt vorgehe gegen alle Andersdenkenden, so müsse allerdings bemerkt werden, daß auch die russische Regierung auf der Macht bestehe. Er müsse aber auf das entscheidende dagegen protestieren, daß seine Regierung jeden Andersdenkenden für vogelfrei erkläre. Das, was die Regierungen anderer Länder bei den Verhandlungen der russischen Regierung abstoße, sei die Richtung, in der sie von ihrer Macht Gebrauch mache und in der sie sich durch nichts beirren lasse. So hätten er und seine Freunde, als die rumänische Regierung versucht habe, auf russischem Gebiet Gewaltmaßnahmen gegen revolutionäre Soldaten und Arbeiter anzuwenden, der Petersburger Regierung vorgeschlagen, den rumänischen Gesandten, sein ganzes Gesandtschaftspersonal und die rumänische Militärmission zu verhaften, und sie hätten die Antwort erhalten, daß dieses bereits geschehen sei.

Anschließend daran führte Trotsky unter anderem aus: Die beiden Beispiele, die General Hoffmann angeführt hat, charakterisieren in keiner Weise unsere Politik. Der weiß-russische Kongress setzte sich zusammen aus Vertretern der weiß-russischen Agrarier, und hatte verzußt, sich aber derjenigen Stützpunkte zu bemächtigen, die das Eigentum des weiß-russischen Volkes sein müssen. Und wenn er auf Widerstände gestoßen ist, so rührt dieser Widerstand von Soldaten her, unter denen in gleicher Weise Groß-Russen, Weiß-Russen und Klein-Russen vertreten waren. Die Konflikte zwischen uns und der Ukraine, die zu meinem Bedauern noch nicht vollständig beseitigt sind, können in keiner Weise das Recht des ukrainischen Volkes auf Selbstbestimmung beschränken.

Trotsky kam hierauf auf das Schicksal der besetzten Gebiete zu sprechen und meinte, aus den bisherigen Ausführungen der deutschen Vertreter den Schluß ziehen zu können, daß die Entscheidung des Schicksals dieser Gebiete erfolgen solle, ohne Rücksicht darauf, ob das eigene Volk bereits imstande sei, die Entscheidung in die eigene Hand zu nehmen. Der oberste amerikanische Gerichtshof habe seine Rechtsphilosophie sehr häufig geändert, je nachdem es nötig gewesen sei, das Gebiet der Vereinigten Staaten zu erweitern oder nicht.

Was die Form der Verhandlungen anbelange, so halte es die russische Delegation für notwendig, gerade diejenigen Punkte in den Vordergrund zu stellen, die den Gegenstand der Meinungsverschiedenheiten bilden, und dies mit aller genügenden Entschlossenheit, weil nur in diesem Falle eine gerechte Lösung gefunden werden könne.

Der Vorsitzende der deutschen Delegation habe gefragt, aus welcher Quelle die russische Delegation die Berechtigung herleite, sich für das Schicksal der besetzten Länder zu interessieren, aber auch der Herr Staatssekretär habe sein Recht nicht aus der nackten Tatsache der Besetzung hergeleitet, sondern aus dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, welches er allerdings etwas repressiv interpretierte. Dieses Prinzip gelte aber nicht weniger für die russische Delegation.

Hierauf ergriß Staatssekretär v. Rühlmann das Wort und führte unter anderem aus: Was die Rede des Herrn Generals Hoffmann betrifft, möchte ich sowohl für mich wie für General Hoffmann ausdrücklich das Recht vorbehalten, auf die Angelegenheit zurückzukommen. Die staatsrechtliche Zuständigkeit des deutschen Reiches hat der Herr Vorsitzende vollkommen richtig charakterisiert. Der Herr Reichskanzler, der einzig verantwortliche Reichsminister, verteilt auf dem gesamten Gebiete der auswärtigen Politik die für seine Organe maßgebenden Instruktionen.

## Die Friedensverhandlungen.

Fortgesetzte Berichte der Verhandlungen.

Am 14. und 15. Januar sind die Verhandlungen der Kommission zur Beratung der territorialen Fragen eingeleitet. Kom-



### Ein Oberbürgermeister gegen die Regierungsbureaukratie.

Der Kölner Oberbürgermeister Adenauer wandte sich am 10. Januar in einer Rede vor der Stadtratsversammlung, unter denen übrigens zum ersten Male drei Sozialdemokraten saßen, sehr entschieden gegen die Unfreiheit der Selbstverwaltungskörper. Wie seien sie durch die staatliche Aufsicht so gehemmt worden wie jetzt:

„Es mag das unter dem Zwang der heutigen Verhältnisse auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung hier und da nötig sein, aber der Appetit kommt mit dem Essen: das Finanzregieren in alle möglichen Verhältnisse durch tausende und aber Tausende von Verfügungen und Anordnungen, das Eingordern von Berichten usw. hat einen Umfang angenommen, der weit über das erteilte Maß hinausgeht, und das Finanzregieren erstreckt sich auch auf Gebiete, die weit außerhalb der Lebensmittelversorgung und sonstigen mit dem Kriege zusammenhängenden Verhältnissen liegen. Wir hoffen und erwarten, daß die Zukunft und zwar eine baldige Zukunft, hier einen entscheidenden und gründlichen Wandel bringt, daß das Bürgerum in seinem Selbstverwaltungsorgan diejenige Freiheit des Handelns bekommt, auf die es einen berechtigten Anspruch hat.“

Voraussetzung ist natürlich ein demokratisches Wahlrecht. Herr Adenauer machte übrigens den Zentralinstanzen den Vorwurf, daß sie auf manchen Gebieten völlig versagt hätten, so auf dem des Schmuggels im größten Maßstabe, der namentlich von der Großindustrie betrieben werde.

### Die „geistigen Waffen“ der Vaterlandspartei.

Auf Antrag des fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Haußmann hat die Stuttgarter Staatsanwaltschaft dem „S. T.“ zufolge ein Strafverfahren gegen den Geschäftsführer der Vaterlandspartei in Württemberg, Professor Hermann Haug, eingeleitet, der in der „Süddeutschen Zeitung“ behauptet haben soll, Haußmann sei mit englischem Gelde bestochen.

### Kontingentierung im Tabakgewerbe.

Wie die „Deutsche Tabakzeitung“ meldet, sind laut Beschluß des Arbeiterschusses der Deutschen Tabakhandels-Gesellschaft und unter Zustimmung der Reichskommission mit Wirkung vom 1. Februar ab die Kontingente bei Zigarren, Kautschuk und Schnupftabakherstellern von 60 auf 40 Prozent herabgesetzt, bei Tabakherstellung von 50 auf 40 Prozent herabgesetzt.

## Ernährungsfragen.

### Einen interessanten Beitrag zur Höchstpreispolitik

bietet ein Inserat, das in der am 3. Januar ausgegebenen Nummer des in Nimptsch erscheinenden „Landmann“ enthalten ist. Es lautet:

Wir sind von der Regierung beauftragt, 10 000 Zentner Mehl sofort anzukaufen. Wir dürfen eine Mark über den Höchstpreis, also 2,50 Mark pro Zentner zahlen und bitten um sofortiges Angebot.

Gebüder Ehrenberg, Nimptsch.

Herr v. Waldow hat den Magistrat von Neudamm wegen Ueberschreitung von Höchstpreisen den Staatsanwalt angezeigt. Darauf wurde bekannt, daß das Berliner Polizeiviertel sich des gleichen Delictes schuldig gemacht hat. Nun wird dasselbe von einer weiteren Regierungsstelle gefordert. Was gedenkt Herr v. Waldow gegen diese amtlichen Delinquenten zu tun?

### Die Nischenaufgaben der Gemeinden.

Die Stadt Köln hat von Beginn des Krieges an bis Ende Dezember 1917 483 Millionen Mark auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung umgelegt. 4545 Personen sind in den in Frage kommenden häuslichen Betrieben beschäftigt; die Zahl der geschäftlichen Abnehmer beträgt 11 500. Für Familien-Unterstützungen und Wohnhilfe wurden seit Beginn des Krieges zu Lasten des Reiches und der Stadt bisher 104 Millionen Mark ausgeben. In keinem Jahresrückblick in der jüngsten Stadtverordnetenversammlung beklagte der Oberbürgermeister Adenauer so schmerzhaft das Versagen der Regierungsbürokratie in der Lebensmittelversorgung. Man habe es für unnützlich gehalten, eine wirksame Wohnreueure durchzuführen; die Kolgen zeigen sich jetzt. Sei doch die Kartoffelmarktlage des Jahres 1917 um 28 Prozent hinter der von 1916 zurückgeblieben. Wir gingen mit immerwährenden Sorgen in das kommende Frühjahr hinein. Man befaßte die Städte mit den schwersten Aufgaben, machte aber die Verwaltungen selbst ganz unfrei. Hoffentlich bringe die Zukunft einen gründlichen Wandel, damit die Städte in ihren Selbstverwaltungsorganen endlich die berechnete Freiheit des Handelns bekommen.

## Aus Südbel und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 17. Januar.

### Winterlandschaft.

Unendlich dehnt sie sich, die weiße Fläche, Bis auf den letzten Hauch vom Leben leer. Die mürben Büsche staden längst, die Bäume, Es regt sich selbst der kalte Wind nicht mehr.

Der Raub dort, im Berg von Schnee und Eis Gestarrt und hungrig, gräbt sich tief hinein, Und gräbt er nicht heraus den süßen Speise, So gräbt er, glaub ich, sich hinein ins Grab.

Die Sonne, einmal noch durch Wolken blühend, Wirft einen letzten Blick aufs öde Land, Doch gähnend auf dem Thron des Lebens sitzend Tragt ihr der Tod im weißen Festgewand.

Sebbel.

### Einige Worte zum Nachdenken.

„Begriffst du aber, wie viel andächtig schwärmen leichter als gut handeln ist?“ — läßt Lessing den weisen Nathan sagen. O, es ist fürchterlich leicht und verführerisch zu nichts, das Gute zu wollen. Wie viele wollen, — immer wollen sie das Beste. Man müßte dies und jenes tun, ist davon überzeugt, daß „es“ dann besser würde — und tut es doch nicht.

Im Zeitalter der Organisationen schwärmen Tausende von der Einheit, als der Stärke der Organisationen — und helfen durch Schlaffheit und Sich-gehen-lassen die Organisationen in Trümmern schlagen. Sollte es nicht mehr zutreffen, was bereits vor 60 Jahren geschrieben wurde? Der Historiker Treitschke schreibt, wenn auch in etwas anderer Form: „Denn nur wo das lebendige zweifelhafte Bewußtsein des Zusammengehörens alle Glieder der Organisation durchdringt, ist die Organisation, was sie der Natur nach sein sollte, die einheitliche Organisation aller nach Freiheit Strebenden.“ Hörst du! der nach Freiheit Strebenden. Nach Freiheit streben heißt aber auch zugleich die Freiheit der anderen wollen, der anderen — und hier beginnt bereits die Schwierigkeit des Handelns.

Hören wir weiter, was uns Treitschke sagen will: „Wenn eine allmächtige Staatsgewalt mit dem Mund verbietet, mich zwingt, meinen Glauben zu verleugnen, und mich quälend, mich

## Der amtliche Kriegsbericht.

1918. Großes Hauptquartier, 17. Januar. (Amtlich.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen. An zahlreichen Frontabschnitten Erkundungsexpedition. Südlich von Passendale, an der Scarpe, bei Vendheille und St. Quentin wurden einige Engländer gefangen.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

### Macedonische Front.

Im Cernabogen dauerte die erhöhte Artillerietätigkeit an.

### Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Bei Ihren erfolglosen und verlustreichen Angriffen am 11. und 15. Januar haben die Italiener an Gefangenen 12 Offiziere und mehr als 300 Mann eingebüßt.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

### Gang der Verhandlungen mit der Ukraine.

Brest-Litowsk, 16. Januar. Im Laufe des heutigen Vormittags versammelten sich die Delegationen der vier verbündeten Mächte zu einer internen vertraulichen Besprechung. Staatssekretär v. Kühlmann gab in einer längeren Rede Auskunft über den Stand der mit der russischen Vertretung in den letzten Tagen geführten Verhandlungen zur Regelung der politischen und territorialen Fragen. Die Vorsitzenden der verbündeten Vertretungen brachten dem Staatssekretär einmütig ihren Dank und ihre vollste Zustimmung zum Ausdruck.

Infolge des Unwohlseins des österreichischen Ministers des Auswärtigen, Grafen Czernin, fand eine für heute nachmittags angelegte vertrauliche Besprechung mit den ukrainischen Delegierten in der Privatwohnung des Ministers statt. Die 1½ Stunden lange Unterredung, an welcher auch die deutsche Delegation teilnahm, führte zur Herbeiführung des prinzipiellen Einverständnisses über das künftige politische Verhältnis zwischen den Mittelmächten und den die Ukraine betreffenden Fragen. Hierdurch dürfte ein entscheidender Schritt nach vorwärts getan sein. Für morgen ist die Fortsetzung dieser Besprechung anberaumt. Es sollen dann die wirtschaftlichen Fragen erörtert werden. Nachdem in kurzem zu erwartenden Abschluß des vertraulichen vorbereitenden Gedanken-Austausches wird in Detailverhandlungen eingetreten werden.

Sobald ich dieser Willkür trage, so ist sehr gleichgültig, ob diese Gewalt Herrschaft geübt wird von einem erblichen Fürsten oder einem „Konvente“. Beide unterdrücken, wenn sie mir die Freiheit zu „glauben“ vorenthalten, wenn sie die Gedankenfreiheit unterbinden. — Und unterdrückt nicht im selben Sinne der für die Freiheit Schwärmende, wenn er versucht dem Andersdenkenden „seinen Glauben“ aufzudrängen? Und wenn er ihm nicht zu Willen ist, ihn zu ächten versucht? Strebt der nach Freiheit? Ober übernimmt er nur das Zwangsmittel der herrschenden Gewalt, den Terror, jenes errobbte Mittel der Duldsamkeit, einer Duldsamkeit, von der er selbst ein Liedchen singen kann? Nach Freiheit streben heißt Freiheit gewähren, und verlangt stillhören Ernst und geistige Reife. Kämpfer und Träger der Freiheit zu sein, heißt reif sein. Geistig reif sein, heißt verstehen können und wollen, auch den andern verstehen in seinem Ringen nach Wahrheit. Nur der Verstehende wird fallen können, daß der vielgestaltige Menschengeist eben in seiner Vielgestaltigkeit der Fortschritt des Lebens und der Gerechtigkeit ist. Um Freiheit kämpfen, heißt also auch die Gedanken entlasten, entwickeln lassen und nicht hemmen. Die Freiheit zur Entfaltung, zur Weiterentwicklung der gährenden Gedanken verlangt aber nicht Unterbindung, Zerstörung, sondern weiteren Aufbau und Ausbau des Vorhandenen. Die Organisationen mögen die Gesetze sein, die die gährenden Geister zur Reife bringen, der Gesamtheit zum Nutzen.

Die Freiheit des Denkens, des Willens ist unentbehrlich ohne die politische Freiheit. Aristoteles erklärt die Freiheit als Befugnis der Bürger, nach ihrem Bestehen zu leben, und die Teilnahme der Bürger an der Staatsregierung. Wir wissen, daß diese Feststellung uns nicht genügt. Die Freiheitsbegriffe haben sich mit der Entwicklung und Ausgestaltung der Gesellschaftsformen wesentlich geändert. Wir wissen aber auch, daß die politische Freiheit zu den unveränderlichen Rechten eines modernen Staatsbürgers gehört, und wer sie ihm verweigert, sich an der Gesamtheit vergeht. Wenn an anderer Stelle zu lesen ist: „Wir überlassen den Knaben und jenen, die immer Kinder bleiben, mit leidenschaftlicher Hast der Freiheit nachzugehen, wie einem Phantome, das den Gerippen unter den Händen zerfällt“, so liegt ohne Zweifel in den Worten Wahrheit. Die zu erstrebende politische Freiheit ist kein Unterhaltmittel, um das Schlaraffenland herbeizugaubern. Sie ist auch kein Abwehrmittel für allerhand Bedrohungen der Gesamtheit. Menschliche Leidenschaften und Trümpfen, Haß und Neide werden andauern, solange wir eben Menschen sind. Wir streben die persönliche und politische Freiheit an, weil sie mit uns geboren wurden, und wir uns als vollwertige Mitglieder der Gesamtheit fühlen. Wir wissen, daß die Gesamtheit Pflichten, schwere Pflichten von uns fordert. Und wo Pflichten zehrfach, müssen Rechte gewährt werden. Das Grundrecht des einzelnen in der Gesamtheit, muß kein und ist die persönliche und politische Freiheit, wenn anders die Gesamtheit bestehen will.

### Postoren als Vaterlandsparteiler.

Unter den hiesigen Mitgliedern der sogenannten deutschen Vaterlandspartei befinden sich auch Postoren. Ganz abgesehen davon, daß diese Herren es doch kaum mit den von ihnen zu vertretenden christlichen Lehren vereinbaren können, für eine zweifellos kriegsverlängernd wirkende Partei tätig zu sein, müßten sie schon ihres Amtes wegen aus taktischen Gründen einer solchen, gegen die Bestrebungen der Mehrheit des deutschen Volkes gerichteten Organisation fernbleiben. Diese eigentlich selbstverständliche Erkenntnis scheint ihnen aber bisher nicht gekommen zu sein. Die Amtsrüder von ihnen diese Sache beurteilen, dafür müßten wir heute ein Beispiel geben: Unter der Leitung des „Das kirchliche Buch und die Politik“ schreibt ein mecklenburgischer Pastor im „Mecklenburgischen Kirchen- und Zeitblatt“ u. a.:

„Eine Ortsgruppe der „Deutschen Vaterlandspartei“ hat mir dieser Tage Flugblätter zugesandt und mich in einem Anschreiben zu „bäuerlicher, rechter, von Parteigeist nicht gefärbter vaterländischer Betätigung“ aufgefordert. Ich soll mich für sie ins Zeug legen, „Bekanntes und Neues geminnen“, „Anregungen und Beiträge entgegennehmen“. Die Flugblätter werden auch anderen Amtsrüder zugearbeitet sein. Darf ich mir den gesandten Dienst verweigern, oder müssen wir ihn annehmen? Ich meine, wir müssen ihn ablehnen. Aus unserer Amts-wilken müssen wir ihn ablehnen. Dahn hat sich vor kurzem auch

der Pastor Bartels zu Hordten in der „Sannoverer Post“ als „Korrespondent“ ausgesprochen. Er schreibt: „Um so bedauerlicher muß es erscheinen, daß in neuester Zeit immer wieder von solchen Geistlichen berichtet wird, die an dem Streit über die gegenwärtige Kriegslösung des Deutschen Reiches aktiven Anteil nehmen, die fonderlich in Wort und Schrift eine lebhafteste Verbetätigung für die zur Bekämpfung jener Resolution gegründete neue Partei entfalten.“

Wir empfehlen diese Ausführungen insbesondere Herrn Pastor Pätz, der ja als streitbarer Vaterlandsparteiler demnach wieder öffentlich in die Arena tritt, zum eingehenden Studium.

### Noch weniger Waschmittel!

Nach einer in heutiger Nummer abgedruckten Bekanntmachung ist es auf die Seifenkarte fortan monatlich statt 250 Gram Seifenpulver nur noch 125 Gramm. Warum diese Einschränkung erfolgte, brauchen die Verbraucher nicht zu wissen. Man dekretiert einfach und damit basta! Ob sich die Herren im übrigen wohl darüber klar geworden sind, daß mit diesem Quantum im Haushalt absolut nicht auszukommen ist? Im Dezember hat es unseres Wissens Seifenpulver auf Karten überhaupt nicht gegeben und jetzt jetzt man einfach das Quantum auf die Hälfte herab. Soll denn wirklich alles im Haushalt verdorren?

Bei dieser Gelegenheit möchten wir die Aufmerksamkeit der hiesigen Behörden auf einen Uebelstand lenken, der sich bereits seit mehreren Monaten bemerkbar macht. Es handelt sich um die Verjüngung der Schwerarbeiter mit Waschmitteln. Bekanntlich erhalten diese mit Rücksicht auf ihre Arbeit zwei Extra-Seifen-Karten. Während früher die Zuteilung dieser Waschmittel — wie es sich gehört — Anfang des Monats erfolgte, erhalten die Arbeiter jetzt seit einiger Zeit die Produkte erst gegen Ende des Monats. Da sie nicht von den Ueberflüssen früherer Zeiten gehen können, sind sie jetzt kaum in der Lage, sich von dem notwendigen Schmutz, den Arbeit nur einmal mit sich bringt, reinigen zu können. Läßt auch die Qualität der K.-L.-Seife im allgemeinen sehr viel zu wünschen übrig, so ist dieser Seifen-Erlosch doch immerhin besser als garnichts. Wir erwarten, daß die Seifen-Abteilung des Polizeiamtes hier schleunigst für Abhilfe sorgt.

Die Tagesordnung der am Montag abend 8 Uhr stattfindenden Bürgerlich-Parlamentarier-Versammlung ist folgende: 1. Mitteilungen des Senates. 2. Anträge des Senates: 1. Neueinrichtung einer Oberaufsichtsstelle und einer Zollaufsichtsstelle. 2. Einführung der Amtsbezeichnung „Rektor“. 3. Wenderuna des Abschnitts 1 des Unterrichts-Gesetzes vom 17. Oktober 1885. 4. Erlass eines Gesetzes zum Geleise vom 30. Juni 1909 betreffend die Umgestaltung der Gewerkschule. 5. Zuteilung eines Schulinspektors und Wenderuna der Gehaltsverhältnisse des Schulrats. 6. Anstellung eines Anstaltsarztes am Kinderhospital und staatlichen Kinderarztes.

Geht Herr Goldmann an die Goldankaufsstellen ab? Man schreibt uns: „Noch immer beacnet man im Publikum der unheimlichen unaustrordaren Ausfassung, daß die Abgabe von Gold nicht nötig wäre, so laue die Goldwarenbesitzer nach Gold zur Herstellung unändlicher edler Goldwaren zur Verfügung gestellt würde. Auf diesen Irrtum kann nicht nachdrücklich genug aufmerksam gemacht werden. Die Reichsbank hat die Abgabe von Gold schon seit Beginn des Krieges unablässig eingeschränkt, seitdem der Goldankauf von ihr in die Wege geleitet wurde, „war fast ganz“. Heute wird Gold nur noch an Goldwaren-fabriken zur Herstellung von Goldwaren abgegeben, die an das neutrale Ausland verkauft werden, um uns dort amends Bezahlung der Einfuhr von Lebensmitteln Guthaben zu schaffen, die den Wert des herausgehenden Rohgolds um ein Mehrfaches übersteigen. Monatlich kommen für diesen Zweck rund 300 000 M. in Betracht, mögen auch der Wert der exportierten Goldwaren auf jährlich 4—5 Millionen Mark zu schätzen ist. Das eine solche Vermehrung von Rohgold im vaterländischen Interesse liegt, bedarf nicht des Nachweises. Durchaus notwendig ist es, daß alle Schichten unserer Bevölkerung, die noch Goldlachen abzugeben haben, sie den hiesigen Goldankaufsstellen und damit der Reichsbank zur Verfügung stellen. Von niemanden wird eine schenweise Ueberlastung verlangt, sondern der von dem Sachverständigen ermittelte Goldwert wird auf Heller und Pfennig ausbezahlt.“

Infolge des abermaligen Schneeefalls am gestrigen Vormittag mußte der Straßenbahnverkehr gegen 12 Uhr mit Ausnahme der Linien 14 und 15 völlig eingestellt werden. Da auch heute Nacht wieder Schneefall eintrat, so konnte der Straßenbahnverkehr heute vormittag anfangs vollständig. Im Laufe des Vormittags haben einige Stadlinien den Verkehr wieder aufgenommen; ab Mittag fahren wieder alle Linien der Stadt. Heute nachmittag sollen auch die Scharfauer, Rüdiger und Schlutuper Linien wieder verkehren. Soffentlich bleiben wir jetzt von weiteren Schneefällen verschont.

### Kaninchenfelle abliefern.

Der Kaninchen-Industrie, muß zufolge einer neuen Verfügung die Felle rechtzeitig an einen Händler oder an die Sammelstelle eines Kaninchenzüchters abliefern, wenn er sich nicht der Gefahr schwerer Bestrafung aussetzen will. Das Gleiche gilt auch für Hasen- und Kaninchenfelle. Unser Ober braucht die Felle für Pelzwerk und Leder. Die Kriegsfell-Industrie in Leipzig, Tröndlingerstraße 2, ist die Sammelzentrale. Also Felle her für unsere Helmen fern der Heimat.

Kreditbedürftige werden jetzt vielfach von Darlehens-Schwindlern anlockt. Viele lassen sich unter der Vorrede, sie seien imstande, Darlehen zu verschaffen, Vorhülle zahlen und oft wertvolle Urkunden aushändigen. Mit ihnen das gelungen, so schreiben sie gewöhnlich noch einige nichts sagende Briefe, um dann nichts mehr von sich hören zu lassen. Die Urkunden geben sie häufig überhaupt nicht, manchmal erst gegen erneute Zahlungen zurück. Oft fiktiv ist ein fiktives Hausbesitzer durch den Zureicher einer fiktiven Schwindschirma auf diese Weise um einen erheblichen Betrag gebracht worden. Auch die Kreditanstalt Straßburg a. M. mit ihrer Filiale in Hannover acht mit ihrem hochtönenden Namen auf den Kundenfänger aus. Sie nimmt zwar keine Vorhülle, läßt aber sich und ihren Zureicher eine Abstandsprovision versprechen für den Fall, daß der Darlehenslender seinen Antrag zurückzieht oder die an sich ganz harmlos aussehenden formularmäßigen Bedingungen nicht erfüllt. Sie löst schon dafür, daß der Darlehenslender die Bedingungen nicht erfüllen kann und laßt dann rückichtslos die Abstandsprovision ein. Darlehenslender seien daher vor ihr wie vor allen unbekanntem Firmen dinnacnd gewarnt. Sie mögen sich, bevor sie irgendwelche Verpflichtungen einziehen, an zuständiger Stelle über unbekanntes Geldgeber oder Vermittler erkundigen. Insbesondere wird ihnen die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindschirmen in Lübeck hierbei gern mit Rat und Tat an Hand geben.

Trachtschwindel. Seit Jahren betreibt ein gewisser Odenicht in Köln ein Gewerbe, das in der Behandlung Prudenzender besteht und schon recht häufig Anlaß zum behördlichen Einschreiten gegeben hat. Habenicht selbst nennt sich „Direktor“, um nach außen hin den Anschein zu erwecken, als ob er eine wissenschaftliche Vorbildung genossen habe. Dem ist jedoch nicht so. Sein Verfahren ist ähnlich dem anderer „Trachtschwindler“, insbesondere dem der Golemannschen Firmen in Berlin, die auf Betreiben der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindschirmen in Lübeck politisch geschlossen wurden. Neudings hat sich Habenicht etwas in den Hintergrund gezogen und tritt ein gewisser Dr. med. Baumgärtel als Vertreter der Nebenmethode auf. Aber auch dadurch wird der Wert der Nebenmethode nicht sonderlich gehoben. Nach wie vor ist ihr gegenüber, mag sie auch mit noch so viel Reklame angepriesen werden, mag Dr. med. Baumgärtel noch so viel Sprechstunden in den einzelnen Städten ankündigen und abhalten, größte Zurückhaltung geboten.

Gegen die geplante Stilllegung der Vereinsbrauerei erhob eine gemeinsame Versammlung beider Vereine Lübeck'scher Brauerei

Ein Duplikatfrachtbriefschwindler hat in der letzten Zeit von Kiel aus sein Unwesen getrieben. Er nannte sich Wilhelm Bergmann, hatte in Kiel ein Zimmer gemietet und erbot sich in Zeitungsanzeigen zur Lieferung von Gemüsen, insbesondere Pfeffer. Der Kaufpreis sollte beim Empfang des Duplikatfrachtbriefes einer Bank in Kiel überwiesen werden. Der angebliche Bergmann hatte weder die Mühe noch war er imstande, die Waren zu liefern. Er fälschte die erforderlichen Duplikatfrachtbriefe und brachte es so fertig, verschiedenen Kaufleuten viele tausend Mark abzuschwindeln. Nachdem er sein Schicksal ins Trockene gebracht hatte, verschwand er. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er von anderer Stelle aus unter anderem Namen den Schwindel weiter zu betreiben versucht. Vorsicht ist daher dringend geboten. Immer wieder muß unbekannt Personen gegenüber zur größten Zurückhaltung geraten werden. Nachrichten über Bergmann und andere Schwindler nimmt die Zentralfelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck, Parade 1, zur Weiterverfolgung entgegen.

pb. Wenn gehört der Damenmantel? Festgenommen wurde ein mehrfach vorbestrafter arbeitsloser Schuhmacher, nachdem er gestern nachmittag in der Hülsstraße an einem Gehrling einen Damenmantel für 5 Mk. verkauft hatte. Da der Festgenommene zwar jagt, den Mantel geflochten zu haben, es aber nicht zu wissen scheint, wo er den Mantel geflochten hat, wird die Eigentümerin denselben ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

ph. Schlaue Fied. Festgenommen wurde ein Dienstmädchen aus Travemünde wegen Betruges. Durch Zufall war es Zeuge gewesen, wie ein Landmann aus Daffow seine Handtasche in einem hiesigen Café auf kurze Zeit zur Aufbewahrung gab. Sieh ihre Kenntnis zu Nutze machend, fertigte es an der Pöhl ein entsprechendes Schreiben aus und ließ sich die Handtasche auf Grund dieses von einem Jungen holen. Das in der Handtasche befindliche gewisse bare Geld, annähernd 400 Mk., hatte die Betrügerin zum größten Teil veräußert, als ihre Ermittlung gelang.

Schwartau-Rensefeld. Eine Parteivsammlung findet am Freitag abend 8 Uhr im Gasthof „Transvaal“ in Schwartau statt. Zahlreiches Erscheinen der Genossinnen und Genossen ist dringend erforderlich.

Stodolsdorf. Die Lebensverhältnisse in den ländlichen Gemeinden des Fürstentums Lübeck sind in diesem Jahre gerader hartnäckiger. Dem Schreiber dieser Zeilen ist bekannt, daß die meisten Familien in der Gemeinde Stodolsdorf schon seit Wochen kein Petroleum mehr im Hause haben; anderes Leuchtmaterial (Steinölkerzen u.ä.) ist nirgends aufzutreiben, somit sind die Bewohner gezwungen, morgens und abends im Dunkeln zu sitzen. Was das heißt, bei diesen kurzen Tagen kein Licht im Hause zu haben, darüber braucht man kein Wort zu verlieren. Lieber eine Mahlzeit nichts zu essen als kein Licht in der Wohnung. In den meisten Familien hat Angehörige, die in der Kriegsdienstlinie oder in sonstigen Diensten tätig sind und somit schon um 4 1/2 Uhr früh und dann abends bis 9 Uhr mindestens Licht haben müssen, um den Angehörigen, die den ganzen Tag ihrer Beschäftigung nachgehen müssen. Ihr Essen bereiten zu können. Viele Familien helfen sich insofern, daß der Ofen stark geheizt wird, um alsdann bei dem Feuerheizen des Ofens — die Tür wird aufgemacht — am Föhlerboden vor dem Ofen sitzend ihr Essen einzurichten zu können. Was soll nun mit den Familien werden, wo Kranke sind oder plötzliche Krankheiten während der Nacht ausbrechen und die dann kein Licht haben. Sorgen kann man nichts, da der Nachbar selber nichts hat, auch der Konsumverein und der Krämmer kann nicht helfen, da im Gasthof nichts vorhanden ist. In den Monaten mit den kürzesten Tagen (November, Dezember) erhält in Stodolsdorf jede Familie pro Monat 1/4 Liter Petroleum, für Januar soll es nur noch 1 Liter geben; die Hälfte des Monats hat immer noch, der Gemeindevorsteher hat sich schon mehrere Male bemüht, aber noch immer ist kein Petroleum da. Elektrische Licht-Anlagen in der Gemeinde und in vielen Privathäusern sind bereits, als der Krieg ausbrach, fertig gewesen, aber es fehlten ein paar Kilometer Kupferdraht, um den Anschluß an die Zentrale zu bewerkstelligen. Trotzdem die damalige Gemeindevorstellung u. auch die Provinzialratsvertreter für die Gemeinde Stodolsdorf mehrmals an die Kaiserliche Regierung appelliert haben, den Anschluß doch mit Gewährung herstellen zu lassen, konnte die Regierung sich hierzu nicht verheben. Hoffentlich bekommen wir nun in aller Kürze das langverheißene Petroleum.

Stodolsdorf. Feuert. In unserem Orte brannte das dem Wühlensberger Müllers auf dem Wühlensberg belagene Wohnhaus mit Hinterhofbetrieb gestern früh 4 Uhr nieder. Die Bewohner lagen noch im tiefsten Schlaf, jedoch der Wühlensberger Familie und das Gefährde nur ihr nachtes Leben retten konnten. Die Entstehungssache ist unbekannt. 3000 Danks und Brauterei sind dem verbrannten Element zum Opfer gefallen. Die Abfallung Ge-

häude, u. a. die erst vor wenigen Jahren neugebaute Mühle mit Lagerraum, in dem noch erhebliche Mengen Getreide lagerten, brannten, da der Wind von diesen Gebäuden abstand, gerettet werden.

Hamburg. Störungen in den Telegraphenleistungen. Infolge des ankaltenden Schneefalls sind nur noch die telegraphischen Verbindungen nach Berlin, Stettin, Danzig, Rostock, Lübeck, Kiel, Flensburg, Cuxhaven, Bremen, Emden, Wilhelmshaven und nach den Orten der näheren Umgebung von Hamburg, sowie nach Dänemark und Schweden betriebsfähig, alle übrigen telegraphischen Verbindungen sind unterbrochen. Die Telegramme nach den nicht genannten Orten und Ländern müssen verzögert mit der Post befördert werden.

Hamburg. Ausbau der Volksschule und Schaffung von Uebergängen von der Volksschule zur höheren Schule. Am 29. März vorigen Jahres ersuchte die Bürgerkammer den Senat um eine Vorlage, nach der je nach Bedarf einer Anzahl Volksschulen vom Ende der gegenwärtigen dritten Klasse ab je ein neuer Zug von vier Klassen angegliedert wird. In diesem Zug ist der Unterricht in zwei Fremdsprachen obligatorisch. Der Lehrplan des neuen Volksschulzuges ist dem der höheren Schulen zum Zwecke der Erleichterung des Ueberganges nach Möglichkeit anzupassen. Der neue Volksschulzug ist so auszugestalten, daß ihm die Berechtigungen der preussischen Mittelschulen, insbesondere das Recht der Aufnahme in die höheren Fachschulen und zur Ablegung der Prüfung für den Erwerb der Berechtigung für den Einjährigendienst vor einer Kommission oder an einer höheren Schule vor dem 17. Lebensjahr zuerkannt werden können.

Wie diese neue Organisation wirksam wird, ersuchte die Bürgerkammer den Senat um seine Mitgenehmigung, daß zur Vorbereitung begabter Volksschüler der ersten Klassen zum Eintritt in Realschulen auf beiden Seiten der Mitter mindestens je eine Vorbereitungsklasse errichtet und ihren Schülern, wenn die Einkommensverhältnisse der Eltern es erfordern, in den höheren Schulen Schulgeldfreiheit gewährt werde, und daß ihnen, wenn es notwendig sein sollte, auch die Schulsächer unentgeltlich geliefert werden.

Der Senat erklärte seine Zustimmung und kommt jetzt, nachdem die Oberstaatsbehörde zu der Angelegenheit Stellung genommen hat, mit einem dahingehenden Antrag an die Bürgerkammer. — Man kommt doch wenigstens in Hamburg in der Frage der Erleichterung des Aufstiegs der Bescheiden einen kleinen Schritt weiter. Wie aber steht es damit in Lübeck?

Schwering. Ein sonderbares Urteil. Vor der Strafkammer des Landgerichts zu Schwering hatten sich der Oekonomierat und der Kirch-Schied bei Schwering und dessen Stellvertreter Zimmermann wegen Besitzens von Hafer an Zuchtböden und von Feinmehl an Mäher zu verantworten. Der angeklagte Schwering ist schuldig. Ferner ist er über sechs Wochen alte Mäher verurteilt zu haben. Das Urteil lautete auf 500 Mk. Geldstrafe. Es konnte nicht festgesetzt werden, daß er mit dem Vergehen seines Schwagers zu tun oder im Einverständnis mit diesem verhandelt hat. Das Gericht nahm auch keine Fahrlässigkeit oder Verschuldung bei der Verurteilung in Betracht. Das Urteil lautete auf 500 Mk. Geldstrafe. Das Urteil eröffnet den ländlichen Nachbarn die Möglichkeit, ungehindert zu reisen. In Zukunft werden die vorerwähnten Verurteilten Korn und Milch nur durch ihre Angehörigen verschicken lassen. Es wird sich schon ein Gericht finden, das sie festhält.

Weserland auf Ehit. Konsumgenossenschaftliche Entwürfe. Zu den meisten deutschen Konsumvereinen, die dem Krieg unversehrt in Mitleidenschaft gezogen werden, gehört infolge seiner Lage auf der Nordseeinsel Ehit der Konsumverein für Weserland und Nageothen. Die vielen damit verbundenen Schwierigkeiten und Schwierigkeiten haben, wie der Geschäftsbericht ausweist, die ständige Entwertung des Vereins nicht aufgehoben. Die Restsumme ist zwar im letzten Jahre wegen der Wertminderung etwas zurückgegangen, aber immer noch um 81 Prozent höher als im letzten Friedensjahre. Die Mitgliederzahl hat sich von 250 auf 324 erhöht und die Summe der Mitgliederbeiträge von 45 000 Mk. auf 128 000 Mk. Da nach weitere Fortschritte zu beschaffen, hat die letzte Generalversammlung des Vereins einstimmig beschlossen den Ertragsanteil von 50 Prozent auf 100 Prozent zu erhöhen. Im letzten Jahre hat der Verein einen landwirtschaftlichen Betrieb in eigene Hände übernommen und damit sehr günstige Erfolge erzielt. Er hat die Preise für landwirtschaftliche Produkte sehr günstig gehalten und dadurch auf der Insel sehr preisgünstig gehandelt. In nächster Zeit wird der Verein noch ein weiteres Geschäft zum Werte von 25 000 Mk. erwerben und

auf diesem eine eigene Bäckerei errichten. Da die Mittel des Vereins sich ungefähr zu gleichen Teilen aus Arbeiter selbständigen Landwirten und selbständigen Bauwerkern zusammensetzen, will der Verein das Warenangebot dahin ausdehnen, daß er für die Handwerker die Rohstoffe und für Landwirte die Düngemittel, Düngemittel und Maschine vermittelt. Der Konsumverein wird sich also zu einer starken Organisation ausbauen, die einen erheblichen Teil des Wirtschaftslebens der Insel umfaßt.

## Neueste Nachrichten.

Berlin, 16. Januar. Der Hauptausschuß des Reichstages verhandelte heute größtenteils vertraulich und zwar über die Liquidation des feindlichen Eigentums. Nachdem das Thema von mehreren Rednern behandelt worden war, gelang es, eine gemeinsame Entschließung der Parteien zur Annahme zu bringen, in der der Reichstanzler ersucht wird, Maßnahmen zu treffen, damit die Aufsicht des Reiches über Kohlenenergie und andere Naturkräfte gegenüber den Syndikaten gesichert wird.

### Friedensverhandlungen mit Serbien?

Wien, 16. Januar. Das Ukrainische Bureau meldet: Nach der „Stwestija“ beschloß ein serbischer Kronrat in Saloniki, den Krieg zu beendigen und Friedensverhandlungen mit den Zentralmächten zu eröffnen.

## Literarisches.

Zum Kunst- und Idealtheater. Eine Darlegung seiner wichtigsten äußeren und inneren Bedingungen in Wort und Bild von Theo Mades. Von unserm gegenwärtigen Bühnenwesen, das durchweg auf kapitalistischer Grundlage beruht und seine Aufgabe als Kultur- und Bildungsmittel nur zum sehr geringen Teil erfüllt, wenn es sich eine solche Aufgabe überhaupt stellt, bis zum Kunst- und Idealtheater ist noch ein sehr weiter Weg. Und diesen bemüht sich Mades in seinem erfreulichen Buche, das im Verlag von Breitkopf u. Härtel in Leipzig erschienen ist, zu zeigen. Zusammengefaßt gibt der Verfasser, der selbst Bühnenfachmann ist, als Merkmale des Kunst- und Idealtheaters, wie er es versteht, an: 1. Die Grundlage des ganzen Unternehmens ist eine wahrhaft befähigte Theaterbehörde. 2. Der Bau ist zweckmäßig, künstlerisch und praktisch allen Zeitansprüchen entsprechend. 3. Der Betrieb gründet sich auf das harmonische Zusammenwirken wirklicher Schauspielkünstler mit idealen Regisseuren und eben solchen Beträtern in Gestalt des Dramaturgen, Bühnenmalers, technischen Betriebsleiters, Beleuchtungschefs und Bühnenmeisters. 4. Die Leistung liegt in den Händen einer berufenen, überragenden Persönlichkeit. Der Verfasser ist selbst nicht davon überzeugt, daß sich dieses Phantastengebilde, wie er es nennt, verwirklichen wird, und zwar deshalb nicht, weil die Theaterkunst fast ganz in die Hände von Geschäftsleuten übergegangen ist, die in erster Linie Geld verdienen wollen. Letzteres ist leider nur allzu wahr. Eine gewisse, noch unserer Meinung nicht genügend begründete Abneigung zeigt Mades gegen die Literaten als Regisseure und Bühnenmeister. Doch darüber kann man verschiedener Meinung sein. Jedenfalls bringt das lehrwerte Buch, das 2 Mk. kostet, mancherlei wertvolle Anregung, übt freimütige Kritik an bestehenden Mängeln und enthält eine Anzahl interessanter Abbildungen. P. L.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gmündlich in Lübeck.

**Frauen und Mädchen!**  
Das Vaterland ruft Euch!  
Bringt Euren Goldschmuck  
der Goldarkausstelle.

## Bekanntmachung

zur Änderung der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Verkehr mit Eisen, Eisenpulver und anderen feinsten Eisenpulvern vom 21. Juni 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 249) vom 10. Januar 1918.

Auf Grund des § 1 der Bekanntmachung über den Verkehr mit Eisen, Eisenpulver und anderen feinsten Eisenpulvern vom 15. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 307) wird folgendes bestimmt:

**Artikel 1.**  
§ 1 der Bekanntmachung, betreffend Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Verkehr mit Eisen, Eisenpulver und anderen feinsten Eisenpulvern, vom 21. Juni 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 249) erhebt folgende Abänderungen:  
In Nr. 1 Zule 2 und 3 werden die Worte „nicht mehr als 100 Gramm Eisenpulver“ durch die Worte „sowie einhundertfünfzig Gramm Eisenpulver“ ersetzt.

**Artikel 2.**  
Die Bestimmungen treten mit dem 14. Januar 1918 in Kraft.  
Berlin, den 10. Januar 1918.

### Der Reichstanzler.

Im Auftrage: Dr. Göppert.

Forstliche Bekanntmachung nach Artikel 1 der Reichs-Gesetzbl. S. 249, das den Verkehr mit Eisen, Eisenpulver und anderen feinsten Eisenpulvern vom 21. Juni 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 249) betrifft, wird hiermit bekanntgegeben, daß die Bestimmungen dieser Bekanntmachung mit dem 14. Januar 1918 in Kraft treten.

### Das Polizeiamt.

**Bekanntmachung von holländischen Hühnern.**  
Es sei hiermit bekanntgegeben, daß die holländischen Hühner, die am 1. Januar 1918 in den Handel kommen, von dem 1. Januar 1918 ab den Bestimmungen der Bekanntmachung vom 1. Januar 1918 unterliegen.

**Der Reichstanzler.**  
Im Auftrage: Dr. Göppert.

**Der Ernährungsminister.**

## Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Jahresheft 1918.

Die auf dem Verbandstag beschlossene Unterstützung für die Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder kann vom Freitag, dem 18. bis Donnerstag, dem 31. Januar, werktags, mit Ausnahme Sonntags, vormittags von 11-1 und abends von 6-8 Uhr in unserm Bureau, Johannisstraße 48, in Empfang genommen werden.

Unterstützung erhalten die einzigen Familien, deren Ernährer ein Jahr Mitglied des Verbandes war und sich zurzeit im Kriegsdienst befindet. Die Ortsverwaltung.

Im Auftrage: Dr. Göppert.

Im Auftrage: Dr. Göppert.

**Schloßkorb.**

Im Auftrage: Dr. Göppert.

**Bilderleisten**

## Hansa-Theater.

Donnerstag, den 17. Januar, abends 7 Uhr:  
Auf vielfachen Wunsch: (222)

## Auf der Sonnenseite.

Lustspiel in 3 Aufzügen von  
Oscar Blumenthal und Gust. Kadelburg.  
In den Zwischenpausen Konzert des Theater-Orchesters.

## Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei

## Otto Albers

Markt 4. Kohlmarkt 10.  
Köpenick, des Bah.-Sperr. Caber.

## Ledersohle

Hansa, Neues Forten  
wieder entworfen.  
C. Grimm Jacal.  
Schuhmacher.  
Sommerstr. 6.  
Von 1-3 geschloßen.

## Drucksachen aller Art

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

## Zeitschriften aller Art.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 46.

## Stadttheater.

Donnerstag, d. 17. Jan. 1918  
Abends 7 1/2 Uhr:

## Vortragsabend von Thomas Mann.

Vorlesungen aus eigenen Werken.

Der Reinert ist für die Kriegsverletzten bestimmt.

Freitag, den 18. Januar 1918  
Abends 6 1/2 Uhr:

## Aida.

Sonabend, den 19. Jan. 1918:  
Anfang 7 Uhr:

## Clavigo.

Von W. von Goethe.

## Rote Karten.

Sonntag, den 20. Januar 1918:  
Vormittags 11 1/2 Uhr:

Vortrag von Dr. L. Schmidt,  
Musikkritiker des Berliner Tageblatts:

## Ariadne auf Naxos.

Mitwirkende: Kapellmeister  
H. H. Wetzler und Darsteller  
der Oper.

## Stimmungen in Rußland.

Ein Kenner Rußlands schreibt dem „Vorwärts“: Mit dem Fortschreiten der Friedensverhandlungen steigen die Hoffnungen und Erwartungen. Es wäre aber sehr verfehlt, anzunehmen, daß auch die Herzen der Russen unentgegenhängen, und daß die Russen nichts sehnlicher wünschen, als uns in die Arme zu stürzen. Im Gegenteil, es ist anzunehmen, daß man uns nicht nur mit Reserve, sondern in weiten Kreisen mit großer Unfreundlichkeit ansieht. Selbstverständlich hängt vieles von dem Ausgange der Friedensverhandlungen und dem Inhalte der Friedensbedingungen ab.

Die russischen bürgerlichen Kreise sind im höchsten Maße gegen die Bolschewiki und ihre Friedensaktion erbittert. Sie betrachten es als eine Schmach, daß Rußland seine Alliierten im Stich gelassen hat. Sie sehen ein, daß es auf die Verwirklichung seiner imperialistischen Kriegsziele für immer verzichtet muß, sie glauben aber auch, daß Rußland den „Verrat“ teuer bezahlen wird. Andererseits sparen die Blätter nicht mit düsteren Farben, um die verhängnisvolle Folgen der Abhängigkeit zu schildern, in die Rußland durch die Verbindung mit Deutschland geraten werde. Sie schildern, wie unvermeidlich die finanzielle, wirtschaftliche und schließlich politische Unterwerfung Rußlands sein werde, die das Land zu der Rolle einer Kolonie Deutschlands verdammen würde. Ohne Mittelprovinzen und Oberherrschaft in Finnland werde Rußland in die Verhältnisse der Zeit vor Peter dem Großen zurückgeworfen werden.

Aber auch die Demokratie, die sich dessen bewußt ist, daß nur der Friede das Land und die Revolution noch retten kann, sieht dem Herannahen des Friedens mit Deutschland kühl entgegen. Die Sorge um das Schicksal der Demokratie der Westmächte, die den erhöhten Trud des Krieges nunmehr zu ertragen haben wird, tut es nicht allein, sondern auch die Furcht vor dem deutschen wirtschaftlichen Einfluß in Rußland spielt dabei mit. Man ist im allgemeinen überzeugt, daß der Sonderfrieden die wirtschaftliche Entwicklung des Landes aufhalten kann, während überall sehr daran gearbeitet wird, daß die Bolschewiki die wahren Interessen der wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands zu wahren verstehen werden.

Es ist von unserem Standpunkte selbstverständlich bedenklich, daß derartige Stimmungen Platz greifen können. Sache der deutschen Politik ist es, dahin zu wirken, daß in der Seele des russischen Volkes kein Stachel zurückbleibt!

## Die Frage des Frauenwahlrechts im preussischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Dienstag in der ersten Sitzung nach der Weihnachtspause den fortschrittlichen Antrag auf Zulassung von Frauen als Mitglieder der städtischen Verwaltungskommissionen und eine Reihe von Petitionen, die sich teils für, teils gegen die Gewährung des Wahlrechts an Frauen ausspricht. Als erster Redner brachte der konservative Abg. Graef die bekannten Bedenken der Reaktionsäre gegen das politische Frauenstimmrecht vor. Trotzdem erklärte er, würde ein Teil seiner Freunde für die Zulassung von Frauen in Deputationen sein, ein anderer Teil aber lehnt sogar diesen geringen Fortschritt ab, weil er darin den ersten Schritt zur politischen Betätigung der Frauen erblickt. Der Vertreter des Zentrums, Abg. Dr. Kaufmann, sprach sich gleichfalls gegen das aktive Frauenwahlrecht und gegen die Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben aus, obwohl, wie er meinte, diese Betätigung nach kirchlichen Grundsätzen nicht verboten ist. Dagegen ist die Zentrumskommission bereit, für die Zuziehung von Frauen in Wohnungsdeputationen,

Schuldeputationen und sonstigen Deputationen sozialer Fürsorge zu stimmen.

Nachdem ein Vertreter des Ministers des Innern erklärt hatte, daß der Minister bereit ist, die Einbeziehung dahin abzuändern, daß Frauen in die wichtigsten Deputationen als nichtberechtigte Mitglieder einziehen können, daß aber diese Reform nur in Verbindung mit der Reform des Gemeindevorstandes überhaupt erfolgen können, trat der Fortschrittler Dr. Lewin in längerem Ausführenden für die Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben und für die Gewährung des Wahlrechts an Frauen ein. Es gelang ihm, die von gegnerischer Seite vorgebrachten Argumente an der Hand der bisherigen Erfahrungen in anderen Ländern zu zerstreuen. Er hat, mit der Reform rechtzeitig vorzugehen und nicht wieder zu warten, bis es zu spät ist.

Noch entschiedener trat für das Frauenwahlrecht und zwar nicht nur für das aktive und passive Gemeindevahlrecht, sondern auch für das städtische Wahlrecht Genosse Hirsch ein, der zunächst gegen die Konservativen polemisierte, die auch in dieser Frage nichts gelernt haben, und die mit den Frauen das gleiche Spiel treiben, wie mit den Männern, von denen sie auch behaupten, daß die große Masse der Wähler gar kein gleiches Wahlrecht wolle. Redner führte aus, daß eine große Reihe von Bürgermeistern sich sehr anerkennend über die Tätigkeit der Frauen in der Gemeindeverwaltung ausgesprochen habe. Er wies darauf hin, daß die Frauen während des Krieges unser Wirtschaftsleben im wesentlichen aufrechterhalten haben und deutete die großen Aufgaben an, die ihrer Lösung nach dem Kriege harren, die aber ohne die Mitarbeit der Frauen nicht gelöst werden können.

Die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen.

## Neuregelung des Zulagen für Schwer- und Schwerstarbeiter.

Seit kurzem gelten für die Bemessung der Zulagen bei der Unterverteilung der Schwer- und Schwerstarbeiter neue Richtlinien. In einer umfangreichen Arbeit hat das Kriegsernährungsamt die Grundzüge zusammengetragen, die für das Zulagenwesen maßgebend sind. Das wichtigste sei hier zusammengefaßt:

Vom 1. Januar an werden die Betriebe nicht mehr direkt von den Reichsstellen beliefert, sondern die Lebensmittel fließen dem Kommunalverband zu, in dem das Werk seinen Sitz hat. Die Grundlage für die Unterverteilung bilden die Ansaen der Kommunalverbände über die Anzahl der in ihrem Bezirk vorhandenen Zulagenberechtigten (getrennt nach Schwer- und Schwerstarbeter, unter letztere wieder besonders die Bergarbeiter unter Tage) und die vom Kriegsamt als in der Rüstungsindustrie tätig bezeichneten Werke. Den Kommunalverbänden ist für die Unterverteilung freiere Hand gelassen; innerhalb eines gewissen Rahmens können sie nach ihrem Ermessen verfahren.

Die Zulage an Brot & B. muß sich für die Schwerarbeiter in den Grenzen von 15 bis 40 Prozent Grundration halten; für Schwerstarbeiter von 40 bis 80 Prozent. Fleisch 20 bis 40 Prozent. An Fett sollen auf jeden Schwerarbeiter mindestens 100 Gramm wöchentlich entfallen, die Höhe der Zuzahlung an Schwerarbeiter ist freigestellt. Den bisher als zur Rüstungsindustrie gehörig anerkannten Werken muß, soweit dort Wasserleistungen eingeräumt sind, eine Ration von 40 Gramm für jeden Teilnehmer wöchentlich zuteil werden. An Kartoffeln erfolgt eine Zuzahlung von Reichswegen nicht mehr, doch ist es den Kommunalverbänden überlassen, den Bodenbesitz innerhalb der verschiedenen Gemeindefraktionen unter Berücksichtigung der Arbeitsleistung oder nach Altersstufen oder nach sonstigen Gesichtspunkten (also auf Kosten der Gesamtverbraucher) vertrieben zu bemessen. Die Berechnung der Spannwerte für die Zuzahlung der einzelnen Lebensmittel ist so weit gefaßt, daß für die Kommunalverbände, denen nach Anhörung der Arbeiterausschüsse die Unterverteilung in Schwer- und Schwerstarbeter überlassen bleibt, weiteste Bewegungsfreiheit bei der Zuteilung zu den einzelnen

Arbeiterkategorien besteht. Doch hat zur unzweideutigen Feststellung der Schwerarbeiter das Kriegsernährungsamt eine neue Liste aufgestellt, die für das ganze Reich maßgebend ist und den Kommunalverbänden als Richtlinien zu dienen hat. Die Bemessung des Begriffs Schwerarbeiter hingegen ist den Kommunalverbänden nach Anhörung der Arbeiterausschüsse überlassen. Der Begriff „Rüstungsarbeiter“ ist für die Unterverteilung befreit.

Nach der neuen Liste gelten als Schwerarbeiter:

1. Bergarbeiter unter Tage, einschließlich der mittleren und unteren Grubenbeamten (Fahrgänger, Steiger, Fahrer, Wetter- und Obersteiger), soweit sie unter Tag beschäftigt sind.
  2. Die an den Koksöfen (Arbeiter in Gasanstalten sind wie Arbeiter an Koksöfen zu behandeln), Eisenerzöfen und in Bricketfabriken beschäftigten Arbeiter, soweit sie der Einwirkung der Gase, des Rauches und der Hitze der Ofen unmittelbar ausgesetzt sind.
  3. Feuerarbeiter in der Eisenindustrie, insbesondere a) von den Arbeitern an den Hochofen; Erz- und Koksarbeiter, Gichter, Schmelzer, Schlackenarbeiter und sonstigen Ofenarbeiter, sowie Gießbettmacher und Arbeiter bei den Windwehkränzen; b) von den Arbeitern in den Stahlwerken: Arbeiter an Genaeratoren, Konvertern, Martinöfen, Tiegel- und Elektrotahlöfen; ferner Gießgruben- und Wärmegrubenarbeiter, Kranführer in Ofen- und Gießhallen und über den Wärmegruben; c) von den Arbeitern in Walz-, Hammer- und Drehwerken; Walzer und Arbeiter an Schweiß-, Warm- und Glühöfen, Arbeiter an Hämmern, Pressen sowie Arbeiter an Sägen, Sphären, Richtmaschinen, soweit sie an warmem Metall arbeiten; d) von den Arbeitern in Eisen- und Stahlgießereien, solche die unter großer Hitze oder schädlichen Gasen besonders zu leiden haben.
  4. Arbeiter in der Waffen- und Munitionsindustrie, die den unter 3. aufgeführten Arbeiterkategorien entsprechen, insbesondere Arbeiter an Pressen, Wärm- und Glühöfen, sowie in der Särterei und Bergüterei.
  5. Arbeiter in Zink-, Kupfer-, Aluminium- und sonstigen Metallhütten und Metallgießereien, soweit ihre Arbeit der Arbeit der unter 3. aufgeführten Arbeitergruppe gleicht; Ofenarbeiter in Zinkweißfabriken.
  6. In Rüstungs- und Lokomotivfabriken, Zementfabriken, in der Tonwarenindustrie (Porzellan-, Steinzeug-, Steingutfabriken), Ziegeleien und Fabriken feuerfester Produkte einschließlich Kesselgießereien und in Glashütten, soweit diese Industrien für den Kriegsbedarf arbeiten; Arbeiter, die unter großer Hitze oder schädlichen Gasen besonders zu leiden haben.
  7. In der Maschinen-, Metall- und Kleinzeugsindustrie, sowie in Eisenbahnwerkstätten, Brückenbauanstalten und Seeschiffswerften, soweit diese Industrien für den Kriegsbedarf arbeiten und soweit ihre Arbeiter nicht schon unter die aufgeführten Gruppen fallen; Ofen- und Hammerleute, Schmiede, Kesselschmiede, Wärmmeister und Feiger für schwere Gegenstände.
  8. Von den Arbeitern der chemischen und Sprengstoffindustrie solche, die unter großer Hitze, schädlichen Gasen oder giftigen Stoffen besonders zu leiden haben.
  9. Kesselheizer im Bergbau und in den vorgenannten Industrien mit Ausnahme solcher Heizer, die eine Gasheizung oder eine Feuerung mit mechanischer Beschäftigung bedienen. Die Kesselheizer und Maschinenheizer der letzteren Anlagen fallen nicht unter dieser Ausnahme.
  10. Arbeiter im Bergbau und in den vorgenannten Industrien, die an sich nicht unter die aufgeführten Gruppen fallen, aber regelmäßig in Tag- und Nachtschichten arbeiten, für die Zeit, in der sie Nachtschichten leisten. Wird in drei Schichten gearbeitet, so gilt nur eine Schicht als Nachtschicht.
  11. Lokomotivführer und Heizer auf Dampflokomotiven; Maschinen- und Heizerpersonal der See- und Binnen-Schiffahrt.
- Allgemeine Bemerkungen:
1. Arbeiterinnen, auf welche die vorstehenden Merkmale zutreffen, sind wie Arbeiter zu behandeln.
  2. Freie ausländische Arbeiter stehen insofern gleich, die Vorschriften für Kriegsgefangene bleiben unberührt.
- Die Lübecker Arbeiterkammer stellt bekanntlich auf dem Standpunkte, daß die Begriffe Schwer- und Schwerstarbeiter für die Zuteilung von Lebensmitteln verbindlich sein müssen. Sie fordert für alle Arbeiter und Angestellten das gleiche Recht.

## Urlaub.

Von Otto Passarge (im Felde).

Endlich war die so sehnlich erwartete Stunde gekommen, ich hatt' meinen Urlaubsschein in der Tasche. Waren es auch noch einige Wegstunden bis zum Bahnhof, was tat das? Nur fort fort von hier, schnell, damit nicht doch noch eine feindliche Kugel ihr Ziel erreichen konnte.

Auf dem Bahnhofsplatz ein unbeschreibliches Gemühl von Feldgrauen, schwerbeladen mit Tornistern, auf denen oben drauf noch ein Kammhörnchen für die Fahrt geschnitten war. Ein derbes Patet in der Hand. Ja sogar ein paar unschuldige Kanarienvogelchen lugten aus dem Rezipit einer Musketiers heraus. Freude lag auf den Gesichtern. Lachen, Scherzen. Wo fand man diese Stimmung sonst noch?

Der Gedanke an die Heimat, die Mutter, den Kindern, die Braut ließ die sorgenvolle Zone, der man soeben entronnen war, eine Zeitlang vergehen.

Der Zug fuhr schnaubend und prustend in die Halle. Die Türen und die Fenster flogen auf. Alles drängte nach den Wagen. Der schwere, breite Tornister wollte nicht mit durch die schmale Abteiltür, aber der Kopf war doch schon drin im Wagen. Und das war doch schon viel. Gott, nur fort!

Die Maschine zog an. Die Brust hob sich vor Freude. Eng saßen wir zusammengekauert, denn es war bitter kalt. Die Fensterhebeln waren dicht zugefahren und der Fußboden schwamm vom Schweißwasser. Noch einmal rauschauen? Nein, nicht mehr sehen das blutgetränkte, zerlöcher Land. Gott, nur fort!

Alles war still und in Gedanken verjunten. Heimlich befühlten wir die Heizungsrohre unter der Bank, ob sie nicht doch etwas Wärme von sich gaben. Eisstalt! Man sprach von Lokomotivführer-Prämien für Kohlenersparnis. Eine Gemeinheit, die Feldgrauen wieder viele Stunden in die kalten Abteile einzupferchen.

Auf einmal stockte der Zug. „Heiß gelaufen“, rief der Lokomotivführer, „kein Del“. Eine neue Maschine wurde vorgelassen. Fahr' schneller, schneller, wollten wir rufen, doch wer hörte es? Wir schrien uns nur selbst an.

Und endlich, nach 24 Stunden Fahrt wurde doch der Heimatsort gerufen: Lübeck! Alles aussteigen!!!

Mutter, bist du's, bist du's wirklich? Doch sie mußte es ja sein. Aber wie anders sah sie heute aus! Das Haar ergraut, die Backen eingefallen, der Rücken krumm; doch der Mutterfuß war warm wie ehedem.

Wie heimlich fühlte ich mich doch wieder in dem kleinen engen Zimmer, wenn es auch das ganze Jahr hindurch keine Sonne sah. Wieder bei der Mutter. Brot kam auf den Tisch. Auf einer kleinen Unterbank ein Stückchen Butter und auf einer anderen

melade. „Du esst dich ordentlich fett, mein Junge, du bist gewiß recht hungrig; am Montag kriegen wir auch schon wieder frisch.“ „Am Montag?“ „Was sagte die Mutter?“ Mir trampelte sich bald das Herz zusammen. Am nächsten Montag; fünf Tage mußte das, was auf dem Tellerchen war, noch reichen. Der Bissen quoll mir auf im Munde. Er wollte nicht hinunter.

Und ich mußte erzählen von dem Krieg da draußen, von den Kindern und Müttern und den zerstörten Häusern. „Das arme Volk“ keufzte sie.

Doch abends legte ich mich in das warme Bett. Wie schön war es doch, sich so ruhig hinlegen zu können und das Krachen der Granaten und das Jammern der Verwundeten nur im Traum zu hören. Welch ein wonniges Gefühl, die Gewißheit zu haben, im Schlaf nicht von den ekelhaften Ratten angegriffen zu werden, und mit einem schmerzenden Kreuz auf den harten, drückenden Brettern zu erwachen.

Aber am frühen Morgen hörte ich die Glocken läuten. Hatte ich denselben Ton nicht auch „draußen“ gehört? War es nicht derselbe Ton? Ja, er war der gleiche wie der der Glocke, die ich aus den Trümmern der zerstörten Kirche bei B... herausgehört hatte, als ich mit einem Ziegelstein an sie schlug, um zu hören, ob sie auch geduldet war. „Die Weihnachtsglocken“, sagte die Mutter. Und drüber von der Kirche hallte es herüber: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.“

Abends prangte im Zimmer ein kleines Bäurgen, und seine drei Kerzen leuchteten so hell, als wollten sie das Dunkel, das die Welt umschloß, vollends verjagen. Aber im Geiste sah ich „draußen“ kleine Häuser brennen, Mütter und Kinder und Greise herumtrotzen nach einem Schlafswinkel, um den verderbenden Flammen zu entgehen.

Wie hatten wir uns doch früher auf diesen Tag gefreut, wo die ganze Familie um einen Tisch herum saß und alles sang: „Stille Nacht, heilige Nacht“. Heute fühlte man die Rücken und sah Tränen.

Doch fort mit den Lamentationen! „Weihnachten war es.“

Der Frost machte die Fußsteige glatt. Säme lag in großen Haufen auf der Fahrstraße. Echafft sprechende Männer und Frauen eilten in Mengen dahin. Wohin führte ihr Weg? Vor einem großen Plakat blieben sie stehen. „Für Frieden! Freiheit! Brot!“ hand in großen Buchstaben darauf zu lesen. Man trat in ein größeres Lokal ein. Ich mit. Aber laum hatte ich die Tür erreicht, machte mich auch schon eine uniformierte Persönlichkeit — die, nach ihrem Äußeren zu urteilen, auch die selbige Uniform ganz gut geleistet hätte — darauf aufmerksam: „Als Feldgrauer haben Sie nach den Bestimmungen des Generalkommandos zu dieser öffentlichen politischen Versammlung keinen Zutritt!“

War das möglich?

Ich, der ich doch mit meinem Blute die Heimat verteidigen half? Ich durfte nicht wissen, was die Heimat tut? War das

nicht ein Irrtum? Gehört dem nicht auch mir die Heimat? Und in ihr sollte ich keinen Platz haben? Welche Weltfremde! Als ob Ideen vor selbgrauem Tuch halt machen!

Ich ging in ein anderes Haus, vor dessen Tür eine hellleuchtende Ampel mit „Willkommen“ zum Eintritt lud. Dort ging ich hinein. Einige wohlbeleidete Männer sahen um einen Tisch herum und hatten Flaschen mit langen Hälften vor sich stehen und blühende, schalenförmige Gläser. Sollte ich mich zu ihnen setzen? Doch ihre Blicke waren nicht einladend. Ich setzte mich allein und trank eine dünne, fade Flüssigkeit, die ich als Bier bezahlte. Die Zecher aber hatte ich scheinbar in ihrer Unterhaltung gestört. Das fühlte ich. Sie saßen aber bald die Köpfe wieder zusammen und tuschelten. Warum tat man so heimlich?

Eine krächzende Stimme sprach von Vaterlandsverrat, von schlapper Regierung; ein anderer murmelte von Rußland und Preissturz; „Bolschewi“, grunzte ein Glasköpfiger, dem die Schweißtröpfchen nur so von der Stirne liefen.

Ich setzte mich die Broden zusammen. Was wollten diese Leute damit sagen? Was sprachen sie von Rußland? Freuten sie sich denn nicht auch mit uns über das aufsteigende Morgenrot im Osten? Nein, sie taten es nicht. Haben sie denn nicht die vielen Gräber gezählt, die sich auf fremdem Boden aneinander gereiht haben? Nicht die herumliegenden Arme und Beine gesehen, von denen man nicht wußte, zu welchem Körper sie gehörten? Oder das Schreien des sterbenden Vaters nach seinen Kindern? War das Glends noch nicht genug?

Allem Anschein nach noch nicht!

Wie hatte doch einst ein hoher Staatsmann von „unmoralischen Ruchtheuern der Kriegskonjunktur“ gesprochen? Sollten sie etwa gar zu jener Clique gehören, die uns auch immer das „Durchhalten“ zurief?

Diese Gesellschaft ekelte mich an. Ich ging hinaus. Auf der Straße begegnete mir ein Krüppel im selbgrauen Rock mit Blattschen in der Hand. „Die Schlacht in Jlandern“ für zehn Pfennige, pries er an. Ich drückte ihm einen Nickel in die Hand, denn ich hatte doch meine hellen Knochen. Aber, sagte ich, geh' doch einmal dort hinein, Kamerad, dort wo ich eben herkomme. Da sitzen Leute, die viel Geld haben müssen. — Er kam bald wieder heraus: „Schlechte Zeiten!“ meinte er.

Und wieder ging's dem Bahnhof zu. Welche Erinnerungen nahm ich von zu Hause mit, von denen ich auch „draußen“ den Kameraden von der schönen Heimat erzählen konnte.

Der Bahnhofsplatz war wieder voll wie vor Tagen, aber warum stürzte man sich nicht auch jetzt in den Wagen wie damals?

Väter küßten ihren Kindern die Tränen ab. Bräute jagten ihrem Feldgrauen um den Hals, und Jünglinge, die sich die ersten Kriegserblumen an die Wäsche gesteckt hatten, sprachen ihren Müttern Trost zu. Und als der Zug sich in Bewegung setzte, da wurden die Tücher geschwenkt und die Rufe geschrien: Leb wohl, auf Wiedersehen!

